

PLENUM 2018



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Familiennachzug: Zustimmung oder ablehnen?

GABRIELA HEINRICH:

Europarat im Einsatz gegen Gewalt an Frauen

CARSTEN TRÄGER:

Mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft

MARTINA STAMM-FIBICH

Weiter im Petitions- und Gesundheitsausschuss

MARTIN BURKERT:

SPD übernimmt Vorsitz im Ausschuss für Kultur und Medien

Nachzug der Familie: Zustimmen oder ablehnen?

Kein zufriedenstellender Kompromiss in den Koalitionsverhandlungen – Keine Mehrheit im Bundestag für Familiennachzug subsidiär Geschützter

In der vergangenen Sitzungswoche stand die Zukunft des Familiennachzugs auf der Tagesordnung. Im Bundestag beschlossen wir zusammen mit der Union eine Neuregelung. Worum geht es dabei?

Zunächst einmal: Wir finden es furchtbar, dass die CSU den Familiennachzug von subsidiär Geschützten – das sind vor allem syrische Flüchtlinge – dermaßen zur eigenen Profilierung hochgezogen hat. Die Familie nachkommen zu lassen, ist für die Integration sehr wichtig. Und das gehört für uns einfach auch zur Menschlichkeit dazu.

In den Sondierungen zwischen Union und SPD hatten wir gefordert, den Familiennachzug für die subsidiär Geschützten wieder vollständig zu erlauben, weil sich Menschen, die Angst um ihre Angehörigen haben, nicht sehr integrieren können. CDU und CSU wollten ihn vollständig abschaffen. Dies betrifft insgesamt etwa 60 000 Angehörige, meist Frauen und Kinder. Wir konnten uns nur darauf einigen, für 1000 Angehörige im Monat (also 12 000 im Jahr) den derzeit ausgesetzten Nachzug wieder zu erlauben.

Gegenüber dem Sondierungsergebnis wurde in den Koalitionsverhandlungen

gen noch eine Verbesserung erreicht: Durch eine Härtefallklausel können noch im Einzelfall Angehörige zusätzlich nachziehen. Das war im Sondierungspapier nicht drin. Allerdings ist die Klausel bisher sehr eng gefasst. Wir werden versuchen, sie weiter auszulegen.

"Es gibt keine Mehrheit für einen Nachzug der Familie"

Im Bundestag standen wir jetzt vor der schwierigen Frage: Zustimmen oder ablehnen? Und das vor folgendem Hintergrund:

- Die deutschen Auslandsvertretungen können im Jahr schätzungsweise maximal 20 000 Familiennachzüge zu subsidiär Geschützten bearbeiten, nachdem wir sie bereits personell aufgestockt haben.

- Für alle anerkannten Asylbewerber und anerkannten Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist und bleibt der Familiennachzug weiterhin vollständig erlaubt.
- Im Bundestag gibt es keine Mehrheit für den Familiennachzug. Seit der Bundestagswahl haben die rechten Parteien eine Mehrheit. CDU, CSU, AfD und FDP wollen allesamt keinen Familiennachzug für subsidiär Geschützte und können das jederzeit im Bundestag – auch ohne einen gemeinsamen Antrag – beschließen. Dass eine Neuwahl an diesem Mehrheitsverhältnis etwas ändern würde, darf als fraglich gelten.

Für uns war also letztlich die Frage: Stellen wir – wie Linkspartei und Grüne – unsere Ansicht in den Vordergrund und nehmen dafür in Kauf, dass der Familiennachzug zu subsidiär Geschützten komplett beendet wird? Oder gehen wir einen Kompromiss ein, der zumindest einigen Menschen eine Familienzusammenführung ermöglicht?

Wir haben uns entschieden, dem Ergebnis schweren Herzens zuzustimmen. Für die Familienzusammenführung.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Mehr als die Me-too-Debatte

Europarat im Einsatz gegen Gewalt an Frauen - Istanbuler Konvention in Kraft

In der letzten Zeit habe ich mich viel mit dem Thema Gewalt gegen Frauen beschäftigt. In Straßburg und in Berlin. Egal ob in der Regierung oder sonstwo: Die SPD lässt nicht nach, Frauenrechte voranzubringen und Gewalt zu bekämpfen!

Anhörung in Straßburg

Beim Europarat hatte ich den Vorsitz bei der Anhörung „Sexistische Hassrede und Gewalt gegen Frauen“. Die Litauerin Jurgita Pečiūrienė (European Institute for Gender Equality) und die Portugiesin Isabel Ventura (Women without borders) schilderten den ganzen Schrecken, denen Frauen ausgesetzt sind – online und offline: Vergewaltigung, häusliche Gewalt, sexistische Hassrede, „Slut-Shaming“ (Stigmatisierung von Frauen wegen deren vermeintlicher Freizügigkeit), Rachepornos, um nur einiges zu nennen. Hier gibt es noch viel zu tun: Opferschutz, konsequentere Bestrafung der Täter bis hin zu einem generellen Wandel im Umgang mit Frauen.

Istanbul-Konvention in Kraft

Dafür hat die SPD lange gekämpft: Am 1. Februar trat in Deutschland das "Übereinkommen zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt" (kurz Istanbul-Konvention) in Kraft. Deutschland verpflichtet sich damit zu einem umfassenden Schutz von Frauen vor Gewalt. In den letzten Jahren wurde auf Initiative der SPD schon viel



In Straßburg tagte der Europarat zum Thema „Sexistische Hassrede und Gewalt gegen Frauen“. Den Vorsitz bei der Veranstaltung hatte Gabriela Heinrich.



Neben Politikern waren auch Expertinnen zum Dialog geladen.

erreicht. Aber damit sind wir noch nicht am Ziel. Ich werde mich dafür einsetzen, die Istanbul-Konvention stark und schnell umzusetzen.

Thema im Koalitionsvertrag

Im Koalitionsvertrag hat die SPD zahlreiche wichtige Forderungen durchgesetzt: ein Aktionsprogramm, um von Gewalt betroffene Frauen zu unterstützen, ein runder Tisch für mehr und besser finanzierte [Frauenhäuser](#), den Ausbau des bun-



Gabriela Heinrich mit Gülsün Bilgehan, Generalberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen im Europarat.

desweiten [Hilfetelefon](#)s, Ermöglichung der anonymisierten Beweissicherung bei Gewalt- und Missbrauchsfällen. Alles wichtige Punkte, sollte eine GroKo kommen!



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb



Mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft

Mehr Tierwohl, keine grüne Gentechnik, kein Glyphosat – der mit der Union ausgehandelte Koalitionsvertrag setzt neue Rahmenbedingungen

Politik muss nachhaltig handeln – in allen Bereichen. Das war schon immer meine Überzeugung, und das gilt natürlich erst recht mit Blick auf den vorliegenden Koalitionsvertrag, der ein Programm der möglichen neuen Regierung sein wird. Es ist wichtig, dass vor dem Mitgliederentscheid intensiv in der Sache diskutiert wird. Dabei möchte ich das Augenmerk auf die Punkte lenken, die für mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft sorgen werden.

Wir wollen gute Produkte auf unserem Tisch, die so hergestellt werden, dass unsere Natur bewahrt und geschützt wird. Hier ist viel zu tun, gerade auch im Bereich bessere Tierhaltung. In den nächsten zwei Jahren soll endlich das staatliche Tierwohllabel in mehreren Stufen aufgebaut werden, das der alte Landwirtschaftsminister bisher verschleppt hat. Die Menschen werden bei ihrem Einkauf sehen können, woher das Fleisch kommt, für das sie sich entscheiden, und auch wichtige Informationen über die Haltung der Tiere bekommen. Außerdem ist klar: Das Schreddern von männlichen Küken findet ebenfalls ein Ende, und zwar spätestens zum 31.12.2019.

Für mich sehr wichtig: eine bundesweit einheitliche Regelung zu einer gentechnikfreien Landwirtschaft! Bis-



Auch der Ökolandbau soll gestärkt werden. Bis 2030 sollen 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen so bewirtschaftet werden.
Foto: Fotolia

her hatte die CSU darauf gepocht, dass jedes Bundesland seine eigenen Regelungen zum Einsatz von Grüner Gentechnik festlegen kann – nun steht im Koalitionsvertrag klipp und klar, dass der Bundestag diese wegweisende Entscheidung treffen wird. Es steht noch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zu neuen Züchtungstechnologien aus, danach werden wir Genmanipulation auf unseren Feldern verbieten.

Da der Alleingang von Landwirtschaftsminister Schmidt bei der europaweiten Verlängerung der Zulassung von Glyphosat zu Recht große Empörung ausgelöst hat, wird diesem hochumstrittenen Pflanzenschutzmittel nun

ein eigener Absatz im Koalitionsvertrag gewidmet: „Wir werden den Einsatz.... deutlich einschränken mit dem Ziel, die Anwendung so schnell wie möglich grundsätzlich zu beenden.“ Ich verstehe, dass Glyphosat nicht mit sofortiger Wirkung verboten werden kann, aber ich freue mich über dieses Bekenntnis zum Ausstieg!

Wir tragen eine Verantwortung gegenüber der Natur, deshalb planen wir außerdem eine Stärkung des Ökolandbaus, bis 2030 sollen 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen so bewirtschaftet werden. Ich werde dabei nicht müde, zu sagen: Ohne konventionellen Landbau und Ökolandbau gegeneinander auszuspielen.



Endlich voll einsatzbereit

Martina Stamm-Fibich weiter Mitglied im Gesundheits- und Petitionsausschuss

Noch laufen die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und den Unionsparteien. Am Ende entscheidet die SPD-Basis in einem Mitgliederentscheid darüber, ob die Verhandlungsergebnisse für eine Neuauflage der „GroKo“ ausreichen. Voraussichtlich bis Anfang März wird es dauern, bis das Ergebnis des Entscheids vorliegt. Wie es ausgeht, ist noch völlig offen.

In der Regel setzen sich die Ausschüsse des Deutschen Bundestages erst nach der Koalitions- und Regierungsbildung zusammen. Unabhängig davon muss der Bundestag als Gesetzgeber aber voll arbeitsfähig sein.

Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass am 17. Januar alle 23 ständigen Ausschüsse des Bundestages eingesetzt wurden. Mit der Konstituierung der Arbeitsgemeinschaften in den Fraktionen und der Konstituierung der Ausschüsse in dieser Sitzungswoche ist der Bundestag endlich voll arbeitsfähig.

Das war bisher nur eingeschränkt der Fall. Übergangsweise wurde im November 2017 ein Hauptausschuss, ein Ausschuss für Wahlprüfung und Immunität und ein verkleinerter Übergangs-Petitionsausschuss – in dem ich mitgearbeitet habe – eingesetzt.

In den Fraktionen haben wir in dieser Sitzungswoche übrigens auch die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppen gewählt. In der SPD-Fraktion habe ich als Sprecherin für den Petitionsausschuss kandidiert, am Ende hat es leider knapp nicht erreicht. Ich freue mich darauf, meine Arbeit als ordentliches Mitglied im Petitions- und im Gesundheitsausschuss auch in dieser Legislatur fortzusetzen.

Ausführliche Informationen zur Arbeit der einzelnen Ausschüsse finden Sie im Internet unter: www.bundestag.de/ausschuesse

Inventur in Baiersdorf

Zum 5. Mal seit 2014 war das Kabarett-Duo Heidi Friedrich & Birgitt Süß mit ihrem Programm „Inventur“ in meinem Wahlkreis zu Gast, um den rund 200 anwesenden Ehrenamtlichen in Baiersdorf einen unterhaltsamen Abend zu schenken.

Mein Dank geht an alle ehrenamtlich engagierten Menschen in meinem Wahlkreis. Ohne das Ehrenamt und die Leistungen der ehrenamtlichen Tätigkeit würden viele Bereiche unserer Gesellschaft nicht funktionieren.





Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

 martin.burkert@bundestag.de

 030 - 227 733 63

 www.martin-burkert.de

 facebook.com/burkertmartin

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

SPD führt Kulturausschuss

Marianne Schieder vertritt die SPD-Landesgruppe Bayern. Zeppelintribüne in Nürnberg soll als Einzelobjekt in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden.

Bereits im vergangenen Jahr haben sich Kulturschaffende und Politikerinnen und Politiker aus SPD, CDU, CSU, Grünen und Linken in einem Offenen Brief an den Ältestenrat des Deutschen Bundestags gewendet und sich gegen einen AfD-Vorsitz im Kulturausschuss positioniert.

In dem Schreiben hieß es konkret: „Es darf nicht passieren, dass beim Kampf um Einflussphären die AfD an einer der sensibelsten, wichtigsten Stellen unseres parlamentarischen Systems ihr nationalistisches Gift in die Debatten injiziert: der deutschen Kulturpolitik. Es muss deshalb verhindert werden, dass die AfD den Vorsitz des Kulturausschusses besetzen kann.“

Der vollständige Brief kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.kulturausschuss-schuetzen.de Die SPD-Bundestagsfraktion ist ihrer Verantwortung deshalb nachgekommen und hat in einer interfraktionellen Verständigung den Vorsitz im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien gezogen.

Katrin Budde wird den Ausschuss in dieser Legislatur des Bundestags führen. Mit Marianne Schieder ist auch eine Abgeordnete der SPD-Landesgruppe Bayern vertreten. Der Kulturausschuss stellt die Weichen für ein faires und gutes Miteinander und ist unter anderem zuständig für Kulturförderung, internationale Kulturbeziehun-



Martin Burkert freut sich, dass mit Marianne Schieder eine Abgeordnete der SPD-Landesgruppe Bayern als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien vertreten ist.
Foto: Felix Engelhard

gen und die Erinnerungskultur. Auch für Nürnberg ist die Erinnerungskultur von besonderer Bedeutung. Mit der Zeppelintribüne haben wir einen besonders authentischen Lernort um vor allem auch den folgenden Generationen vermitteln zu können, mit welchen perfiden „Faszinations-Methoden“ die Nationalsozialisten ihre Schreckensherrschaft ausgebaut haben.

Bald wird es keine Zeitzeugen mehr geben, deswegen ist die Instandhaltung dieses Ortes essentiell. Das Gelände ist baufällig und umfassende Sanierungsarbeiten sind dringend notwendig. Bereits seit langem setze ich mich daher zusammen mit Gabriela

Heinrich für finanzielle Unterstützung seitens des Bundes ein.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen mit der Union haben wir uns zudem dafür eingesetzt, dass das Projekt wieder als Einzelprojekt in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird. Es liegt in einer gesamtdeutschen Verantwortung, diesen Ort zu erhalten und weiterhin für Besucher zugänglich zu machen. Hier können sich nachfolgende Generationen mit der dunkelsten Vergangenheit Deutschlands auseinandersetzen und hier ist es möglich, gerade Jugendliche für Methoden der Vereinnahmung zu sensibilisieren